

Gemeinsame Erklärung von Bundestagsfraktion und Bundesvorstand

Gorleben soll leben!

Grüner Widerstand gegen schwarz-gelbe Retropolitik und den energiepolitischen Rollback

4. Oktober 2010

Die Bundesregierung dreht in der Energiepolitik das Rad zurück: Sie steigt wieder ein in ein energiepolitisches Auslaufmodell: die Atomenergie. Die Laufzeiten selbst der ältesten Schrottreaktoren sollen verlängert werden und AKW bis zu 50 Jahre laufen dürfen. Den erfolgreichen Ausbau der Erneuerbaren Energien bremst die Bundesregierung damit aus. Stadtwerke werden benachteiligt und Zukunftsinvestitionen entwertet. So würgt Schwarz-Gelb den erfolgreichsten Beschäftigungsmotor der letzten Jahre mit inzwischen über 300.000 Arbeitsplätzen jäh ab.

Auch in der Endlagerpolitik knüpfen Merkel, Westerwelle und Röttgen ungebrochen und nachlos an die 80er Jahre und die gescheiterte Politik von Helmut Kohl an. Seit dem 1. Oktober 2010 wird in Gorleben wieder im Salzstock gebaut. Dabei wissen wir schon heute: Dieser Standort ist politisch tot und juristisch verbrannt. Gorleben ist nach der Asse und nach Morsleben das dritte Endlager, das ohne atomrechtliches Genehmigungsverfahren entstehen soll.

Mit der Menschenkette im April und der Großdemonstration im September haben Hunderttausend in unserem Land auf der Straße gezeigt, dass die Mehrheit mit diesem Atomkurs der Bundesregierung nicht einverstanden ist. Mit einer gemeinsamen Sitzung von Bundestagsfraktion und Bundesvorstand in Gorleben machen Bündnis 90/Die Grünen unmissverständlich klar: Wir vertreten diese Mehrheit gegen die Politik der Bundesregierung. Wir wollen die energiepolitische Konterrevolution in Deutschland verhindern. Atomkraft? Wir sind doch nicht blöd!

Die Atomenergie ist und bleibt eine Hochrisikotechnologie.

Mit falschen Versprechungen und Hoffnungen ist man in diese Technologie eingestiegen und nun soll die Bevölkerung dessen enormes Risiko noch länger hinnehmen. Bisher galt nach dem Atomgesetz der Stand von Wissenschaft und Technik, also eine ständige Nachrüstspflicht für die Atomkraftwerksbetreiber. Diesen hohen Sicherheitsstandard will der Umweltminister jetzt aushebeln. Die Novelle des Atomgesetzes soll die Nachrüstplichten begrenzen und die Klagemöglichkeiten von Anwohnern einschränken. Und statt auf eine Langzeitsicherheit von einer Million Jahren soll künftig nur noch ein vereinfachter Langzeitsicherheitsnachweis genügen. Mit der Laufzeitverlängerung wird zugleich die Sicherheit der AKWs und der Endlager sträflich ausgehöhlt.

Die Atomenergie ist keine Brücke in die Zukunft, sondern eine Blockade auf dem Weg ins Erneuerbare Zeitalter

Die Laufzeitverlängerung stellt ein Geschenk an die Atomkonzerne dar, damit diese ihre Kriegskassen füllen können. Die Entscheidung der Regierung geht zu Lasten des Gemeinwohls. Statt tatsächlich eine Brücke in das Zeitalter der Erneuerbaren zu bauen, wird mit der geplanten Verlängerung der Laufzeiten das Geschäft mit den Erneuerbaren in Deutschland kaputt gemacht. RWE, E.ON, EnBW und Vattenfall können so in aller Ruhe mit ihren Altreaktoren Milliarden Gewinne einfahren und im Ausland in Erneuerbare investieren, ohne die Konkurrenz der neuen Branche fürchten zu müssen. Der Ausbau der Erneuerbaren wird durch das Energiekonzept bis 2020 um 20 Prozent geringer ausfallen als die Bundesregierung nach ihren eigenen unambitionierten Zielen vorhatte. Langfristig soll das aktuelle jährliche Ausbauvolumen von Windkraft an Land, Solarstrom oder Bioenergie um 60 bis 85 Prozent gekürzt werden. Für die Laufzeitverlängerung will die Bundesregierung Konkurse und zehntausende Arbeitsplatzverluste hinnehmen. Das ist nicht akzeptabel. In den Sonderfonds könnten, sofern größere Sicherheitsnachrüstungen der AKW unterbleiben, durch die Laufzeitverlängerung maximal 17 Milliarden Euro

fließen, und zwar über 30 Jahre gestreckt. Dem stehen alleine in 2009 rund 17.7 Milliarden Euro Investitionen in Erneuerbare gegenüber. Konkret: Der neue Fonds wird nicht einmal die Summe kompensieren, die schwarz-gelbe Energiepolitik jetzt an Zukunftsinvestitionen ausbremst. Nach Angaben der Bundesregierung wird die Laufzeitverlängerung weder auf die Versorgungssicherheit noch auf die Energiepreise eine Wirkung entfalten. Aber in ihren eigenen Szenarien geht die Bundesregierung davon aus, dass wir 2050 ein Viertel unseres Stroms aus dem Ausland beziehen.

Der atomare Müllberg wächst und die Endlagerfrage ist ungeklärt

Die Bundesregierung vermehrt mit ihrer Entscheidung den hochradioaktiven Müllberg um 25 Prozent, das sind über 4.000 Tonnen. Die aktuellen Geschehnisse in Asse und in Morsleben machen deutlich: Sicher ist nur das Risiko. Zwei parlamentarische Untersuchungsausschüsse haben inzwischen zu Tage befördert, dass in der Entsorgungsfrage in der Vergangenheit einseitig politisch motivierte Entscheidungen wichtiger waren als fachliche Erkenntnisse und dass Versäumnisse, Fehlentscheidungen und politische Einflussnahme der Atomwirtschaft offensichtlich zum schmutzigen Geschäft mit einer schmutzigen Energie dazu gehören.

Heute wissen wir: In der Asse hätte nie eine Einlagerung von Atommüll stattfinden dürfen. Auf Druck der Atomkraftwerksbetreiber sollte aber eine schnelle und billige Endlagermöglichkeit geschaffen werden. Daher wurde in der Asse Atommüll endgelagert – Wissenschaftler waren dabei eher Statisten. In Wahrheit wurde alles abgekippt, was unter den Teppich gekehrt werden sollte. Rund 28 Kilogramm Plutonium wurden bislang entdeckt, fast 15.000 Fässer wurden verharmlosend und falsch als schwach radioaktiver Müll deklariert. Das radioaktive Inventar der Asse ist also deutlich höher als bisher befürchtet.

Auch ist längst klar: Die Auswahl des Standorts Gorleben für ein Endlager erfolgte nicht nach fachlichen Kriterien. Und auch der konkrete Ausbau des Salzstocks folgte nicht sachgerechten wissenschaftlichen und geologischen Kriterien, sondern rechtlichen Zwängen. Der Erkundungsbereich wurde 1996 von der Umweltministerin Merkel nach politischer Opportunität ausgewählt – die vorliegenden Salzrechte gaben den Ausschlag für die konkreten Erkundungspläne.

Aus diesen Erfahrungen muss nun endlich die Lehre gezogen werden: Auch in Deutschland müssen endlich die international anerkannten Standards für eine Endlagersuche gelten: Statt ausschließlich in Salz suchen und zu bauen, brauchen ein transparentes und ergebnisoffenes Endlagersuchverfahren nach standortunabhängigen Kriterien.

Widerstand gegen schwarz-gelbe Retropolitik

Wir sagen ganz deutlich: Nach der Vorgeschichte von Lügen, Verdrehungen und Täuschungen gegenüber der Öffentlichkeit ist Gorleben als Endlagerstandort verbrannt. Aber anstatt diese unverantwortliche Politik zu beenden, knüpft die Bundesregierung an die unheilvollen Traditionen an. Schwarz-Gelb will am Standort Gorleben nach Atomrecht enteignen, aber nach Bergrecht ohne adäquate Bürgerbeteiligung ein atomares Endlager weiterbauen. Der Schwarzbau in Gorleben soll damit Fakten schaffen, und nicht erkunden. Er ist nicht ergebnisoffen. Die nach wie vor offenen Fragen zur Endlagerung können in Gorleben nicht geklärt werden: Wie geeignet – und die Erfahrungen in Asse und Morsleben unterstreichen die Dringlichkeit dieser Frage - ist Salz wirklich im Vergleich zu Granit oder Ton? Was ist mit der Beherrschbarkeit von Gasbildung in dichtem Salzgestein durch Korrosion und Zersetzung der Abfälle?

Und auch die Verfilzung von Atomindustrie und Politik feiert wieder fröhliche Urständ:

- Ein Lobbyist für E.On, Gerald Hennenhöfer, ist jetzt im Umweltministerium für die Reaktorsicherheit zuständig und passt die Sicherheitsstandards den Bedürfnissen der Betreiber an.
- Ein ehemaliger Vattenfallmanager, Bruno Thomauske, kümmert sich um die Sicherheit des Endlagers Gorleben.
- Ein RWE-Berater, Lars Böttcher, führt die Verhandlungen der Bundesregierung mit RWE und Co.

Deutsche Energiepolitik wird direkt von den vier Energiekonzernen gemacht.

Diese Retropolitik von Schwarz-Gelb und der atompolitische Konfrontationskurs der Bundesregierung werden auf unseren erbitterten politischen Widerstand stoßen. Merkel und Westerwelle haben einen befriedeten Konflikt der Bundesdeutschen Gesellschaft mutwillig wiederbelebt, indem sie einen stabilen, gesellschaftlichen Konsens einseitig aufgekündigt haben. An den Folgen wird diese Bundesregierung zerbrechen.

Bündnis 90/Die Grünen setzen sich mit aller Kraft dafür ein, die Laufzeitverlängerung noch zu verhindern. Wir sagen klar und deutlich: Geschenken an die Atomkonzerne zu Lasten der Allgemeinheit gewähren wir keinen Vertrauensschutz.

Der Endlagerstandort Gorleben ist politisch tot. Die Endlagerpolitik muss daher endlich vom Kopf auf die Füße gestellt werden. Wir brauchen eine vergleichende Endlagersuche mit einem offenen und transparenten Auswahlverfahren. Der Weiterbau des Endlager Gorlebens muss gestoppt werden, die Asse muss vollständig geräumt werden, der Atommüll muss dort raus.

Am 6. November wird der Protest gegen die Atompolitik mit einer Großkundgebung in Gorleben fortgesetzt. Mit fantasievollen und friedlichen Protesten werden Mitglieder von Bündnis 90/Die Grünen im Breiten Bündnis uns vielen anderen Menschen den Castor-Transport in das Zwischenlager Gorleben begleiten und das Zeichen setzen, das die atompolitische Retropolitik von Schwarz-Gelb verdient: **Gorleben soll leben!**